

## Revisionistische Auffassungen in der SED

### *Die „ökonomische Leitung“ der Volkswirtschaft*

Die Rehabilitierung Titos und die posthume Entthronung Stalins hatten 1956 die Autorität der sowjetischen Führung in der kommunistischen Weltbewegung schwer erschüttert. Sie ermöglichten nicht nur die revolutionären Ereignisse in Polen und Ungarn, sondern auch ideologische Standpunkte und literarische Werke, die die von der sowjetischen Führung gesetzten Grenzen des Kampfes gegen den „Dogmatismus“ und den „Personenkult“ weit überschritten. Das Zentralkomitee der SED hat die in ihrem Machtbereich manifesten Erscheinungsformen der „Rebellion der Intelligenz“ dem traditionsreichen Begriff Revisionismus subsumiert. Er bezieht sich auf eine Reihe philosophischer, Staats- und wirtschaftstheoretischer Standpunkte, die, nach dem 20. Parteitag der KPdSU konzipiert, in der Intelligenz eine große Resonanz fanden. Seit der ungarischen Revolution ist die SED-Führung bemüht, sie zu unterdrücken<sup>1</sup>).

Von den diskriminierten revisionistischen Positionen besitzt die von *Fritz Behrens* und *Arne Benary* gemeinsam vertretene wirtschaftspolitische Konzeption die größte politische Bedeutung<sup>2</sup>). Sie ist mit der Kritik der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft und der Funktion des Staatsapparates verbunden und spiegelt klarer als alle sonstigen revisionistischen Bestrebungen das politische Wollen der jungen aktiven Intelligenz in der SBZ wider — soweit sie noch am Kommunismus festhält.

Die Grundlage des Standpunktes beider Politökonomien ist die von den Erfahrungen in der Stalin-Ära ausgelöste Kritik am Stalinismus; sie durchdringt ihre Ausführungen, wenn sie auch nicht ausdrücklich thematisiert wird. Ebenso wie der Nationalkommunismus, betrachten sie das Wirken des bürokratischen Apparates als das entscheidende Hemmnis bei der Realisierung des Sozialismus in der „Übergangsperiode“. Diese Kritik der Bürokratie führt sie jedoch nicht zur Absage an den Kommunismus, ja, nicht einmal zur prinzipiellen Negation des bolschewistischen Weges zur angeblich sozialistischen Gesellschaftsformation. Trotz aller Kritik an dem gegenwärtigen Zustand der totalitären Herrschaft, scheinen sie ernsthaft zu glauben, daß die kommunistischen Staaten des sowjetischen Imperiums durch eine Revision der bisherigen Formen der Lenkung der Volkswirtschaft und den Übergang zu neuen Methoden der Machtausübung in wahrhaft sozialistische Gemeinwesen verwandelt werden können. Ebenso halten sie an dem Marxismus-Leninismus fest, wenn sie auch nicht davor zurückschrecken, Dogmen anzutasten und überhaupt bestrebt sind, seine Sterilität zu überwinden. Es ist offensichtlich, daß Behrens und Benary von illusionären Voraussetzungen ausgehen, wenn sie sich das Ziel setzen, den totalitären Staat auf evolutionärem Wege in einen sozialistischen zu verwandeln. Gleichwohl läßt sich nicht leugnen, daß sie, von sozialistischen Vorstellungen bestimmt, subjektiv ehrlich um eine fortschrittliche Entwicklung der Sowjetzone im Geiste der Freiheit ringen.

1) „Der Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und den Revisionismus. Zur 30. Tagung des Zentralkomitees“, Einheit 2/1957 (Februar), S. 133 ff.

2) Behrens und Benary haben ihre „revisionistische Position“ in verschiedenen Aufsätzen ansatzweise oder summarisch vertreten. Die umfassendste Darstellung ihrer Konzeption ist jedoch erst nach der 30. Tagung des ZK (31. 1. bis 1. 2. 1957) veröffentlicht worden. Sie erschien gleichzeitig mit vier Artikeln von Anhängern des Ulbricht-Kegimes, die sich kritisch mit den bald nach dem 20. Parteitag der KPdSU niedergeschriebenen Gedanken der beiden Politökonomien auseinandersetzen. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Aufsätze: 1. Fritz Behrens, „Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode“; 2. Arne Benary, „Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode“, beide abgedruckt in: Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode. Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, Berlin 1957, S. 105—140 und 62—94. — Behrens ist o. Professor, Nationalpreisträger und Leiter des Zentralamtes für Statistik. Benary ist ein noch jüngerer Diplom-Wirtschaftler, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften tätig ist. Dieses Institut, das führende Wirtschaftsinstitut der SBZ, ist nach sowjetzonalen Angaben das Zentrum des Revisionismus in der Wirtschaftspolitik. Revisionistische Tendenzen aber waren in fast allen Universitäts-Instituten lebendig. Von einer Behandlung des auf die Agrarpolitik bezogenen „Revisionismus“ Viewegs soll hier abgesehen werden.

Das an der sozialistischen Idee orientierte Wollen tritt unverkennbar in ihren Ausführungen über den Zusammenhang von Spontaneität und Bewußtheit in Erscheinung. Wenn sie auch nicht am Anfang der Abhandlungen stehen, in denen Behrens und Benary ihren Standpunkt ausführlich charakterisiert haben, so bilden sie doch die theoretische Basis ihres Revisionismus.

Die Leninsche Parteitheorie fordert bekanntlich die Überwindung des nur spontanen Charakters der Arbeiterbewegung durch die bewußte, am Marxismus orientierte Aktion „der“ Partei<sup>3</sup>). Die damit übereinstimmende Praxis des Bolschewismus vor der Oktoberrevolution ist der Ausgangspunkt einer Entwicklung, die in der Diktatur Stalins bzw. der der obersten Gremien der Staatspartei gipfelte. Der Begriff Bewußtheit besitzt heute im Rahmen des kommunistischen Totalitarismus eine hohe apologetische Funktion. Mit ihm wird die durch mammothafte bürokratische Apparate vermittelte Steuerung der Regierten als „bewußte“, von den Massen getragene Verwirklichung der objektiven Gesetze, der sich entwickelnden Gesellschaft verklärt. Wenn Behrens und Benary, trotz der leninistischen Verurteilung der Spontaneitätstheorie *Rosa Luxemburgs*, für eine stärkere Berücksichtigung des „spontanen Elements“ eintreten, opponieren sie implizite auch gegen die kommunistische Herrschaftstechnik. Als loyale Anhänger der kommunistischen Ordnung sind sie jedoch bemüht, diesen Gegensatz abzuschwächen und versuchen, ihre Gedanken über die Spontaneität als adäquate Interpretation Leninscher Äußerungen hinzustellen. Sie verstoßen dennoch gegen Geist und Sinn der leninistischen Revolutions- und Parteitheorie, wenn sie Spontaneität und Bewußtheit als eine dialektische Einheit definieren, die auch unter kommunistischer Herrschaft nicht aufgelöst werden könne.

Es fällt den ideologischen Vertretern der *Ulbricht-Gruppe* nicht schwer, die Abweichungen beider Politökonomen von der offiziellen Doktrin festzustellen<sup>4</sup>). Sie denken bei ihrem Begriff Spontaneität tatsächlich weniger an ein Handeln mit „falschem Bewußtsein“ als an freie Selbsttätigkeit und schöpferische Aktivität, was nicht doktriningerecht ist. Demgemäß kreist ihr Denken auch nicht um die Frage, wie die Produzenten zum „richtigen Bewußtsein“, d. h. zu einem am Marxismus-Leninismus orientierten Handeln geführt werden können. Für die unentwegten Stalinisten ist die Bewußtheit im Handeln erreicht, wenn sich die Massen mit den Institutionen und Weisungen des von ihnen nicht kontrollierten Staatsapparates identifizieren. Die Spontaneität im Handeln erscheint ihnen als ein ärgerliches Residuum, das möglichst schnell zu liquidieren ist. Behrens und Benary denken weit weniger ideologisch: sie stoßen zu einem für die sozialistische Idee zentralen Anliegen vor, wenn sie angesichts der totalitären Reglementierung und Verapparaturung des Lebens für eine institutionalisierte Ermöglichung schöpferischer Aktivität und Masseninitiative im Wirtschaftsleben eintreten. Das Grundproblem der sozialistischen Volkswirtschaft besteht ihrer Meinung nach in dem Ringen um eine Verbindung des ständigen Wachstums der schöpferischen Aktivität des arbeitenden Menschen mit der steten Vervollkommnung der planmäßigen Lenkung der Wirtschaft<sup>5</sup>).

Ermutigt durch den 20. Parteitag, geben Behrens und Benary offen zu, daß die schöpferische Aktivität und Masseninitiative durch die gegenwärtige Form der Lenkung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in der Sowjetzone unterdrückt werden. Als Sündenbock erscheint die administrative Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisungen. Die Wucht dieses Vorstoßes, der die Grundlagen der Zentralverwaltungswirtschaft antastet, wird jedoch durch ihre Lehre von den beiden Etappen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum sogenannten Sozialismus gedämpft. Sie ist neben der marxistischen

3) Vgl. W. I. Lenin, „Was tun?“ in: *Ausgewählte Werke*, Moskau 1946, Bd. 1, S. 197 ff.

4) Hermann Scheler, „Über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit“, und Helmut Richter, „Wertgesetz und Spontaneität in der Übergangsperiode“, beide in: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft, a.a.O., S. 20—61.

5) Benary, a.a.O., S. 65.

Spontaneitätstheorie wohl das wichtigste selbständige Theorem, das sie im Rahmen des Marxismus-Leninismus vertreten. Die Konsequenz ihrer Lehre von den beiden Etappen ist die Relativierung der Prinzipien der stalinistischen Staats- und Wirtschaftsführung. Die Zentralisierung der Staatsmacht und die der Wirtschaft erscheinen ebenso wie die administrative Leitung der Wirtschaft und der Aufbau der bürokratischen Lenkungsapparaturen nicht als obligatorische Merkmale des kommunistischen Totalitarismus, sondern als Methoden eines zeitlich begrenzten Abschnittes der Entwicklung — der sogenannten „ersten Etappe“.

Wenn die kommunistische Partei die Macht erobert habe, sei sie genötigt, die „Diktatur des Proletariats“ zu errichten und die „Ausbeuterklassen“ niederzuhalten. Ein starker Staatsapparat müsse aufgebaut werden, dessen Aufgabe es sei, mit den „sozialistischen“ Produktionsverhältnissen — also mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel und dem Aufbau des dominierenden „sozialistischen Sektors“ der Wirtschaft — die Basis für das angenommene Wirken der ökonomischen Gesetze des „Sozialismus“ zu schaffen. Solange dieser Prozeß läuft, haben Behrens und Benary — etwas überspitzt gesagt — nichts gegen die stalinistischen Methoden der Staats- und Wirtschaftsführung einzuwenden. Sie beziehen eine oppositionelle Position, wenn sie meinen, die ökonomischen Bedingungen für ein Festhalten an den Methoden der administrativen bzw. bürokratischen Leitung seien in der Sowjetzone nicht mehr gegeben. Die „Diktatur des Proletariats“ habe sich genügend gefestigt und könne nun die mit der bisher dominierenden „Unterdrückungsfunktion“ verbundene Wirtschaftspolitik aufgeben. Das ist nach Behrens und Benary schon vor drei bis vier Jahren erforderlich gewesen. Damals habe schon die zweite Etappe der Übergangsperiode begonnen. Dieses Zurückbleiben der SED-Führung hinter der Entwicklung wird von ihnen als Widerspruch zwischen der staatlichen Leitung und den ökonomischen Notwendigkeiten bestimmt, der sich sehr nachteilig auf die Entwicklung der sowjetzonalen Volkswirtschaft ausgewirkt habe.

An dieser Stelle sind beide Politökonomien genötigt, das auch für sie typische ideologische Argumentieren zu unterbrechen und empirische Daten anzugeben, die die Folgen jenes behaupteten Widerspruchs veranschaulichen. Sie sind ihrer Ansicht nach ganz allgemein darin gegeben, daß der Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit nicht die geplante und mögliche Höhe erreicht. Behrens erklärt:

„Es besteht auf der einen Seite eine unkontinuierliche Produktion, die die Entwicklung der Arbeitsproduktivität hemmt und über Stillstands-, Wartezeiten usw. zu einem übermäßigen Anwachsen der Lohnkosten und auch zur Verschlechterung der Produktion führt. Wir haben auf der anderen Seite Überplanbestände nicht nur an Materialien und Halbfabrikaten, sondern auch an fertigen Produkten und Waren, aber auch einen Kaufkraftüberhang<sup>6)</sup>.“

Bei der Erläuterung dieser Sätze, die in ähnlicher Form auch bei Benary zu finden sind, bringen beide Autoren auch einige statistische Angaben, um u. a. den planwidrigen Rhythmus bei der Entwicklung der Bruttoproduktion und der Arbeitsproduktivität, die nicht proportionale Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn und die „Untererfüllung“ wichtiger Positionen bei gleichzeitiger „Übererfüllung“ des Gesamtplans zu veranschaulichen<sup>7)</sup>.

Die Ursachen für diese Erscheinungen liegen für Behrens und Benary weder in „feindlicher Agententätigkeit und Sabotage“ noch in den Folgen der Spaltung Deutschlands oder in der „Embargo-Politik der Imperialisten“, sondern, wie oben erwähnt, in der übermäßigen Zentralisierung, die zur Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung und bürokratische Reglementierung geführt hat. „Die leitenden Organe der Wirtschaft überhäufen die Betriebe mit einer Unzahl von Beschlüssen und Anweisungen, die deren ökonomische Aktivität lähmen, statt sie zu fördern<sup>8)</sup>.“

6) Behrens, a.a.O., S. 118.

7) Vgl. Benary, a.a.O., S. 63 ff. und Behrens, a.a.O., S. 118 ff.

8) Behrens, a.a.O., S. 122.

Das Heilmittel sehen beide Revisionisten in dem Übergang zur „ökonomischen Leitung“ der Wirtschaft, die kennzeichnend für die „zweite Etappe“ sei. Was verstehen sie darunter? Zunächst einmal: Dieser Begriff impliziert weder einen Verzicht auf die Vergesellschaftung der Produktion noch auf die Planwirtschaft. Aber die Planung soll weitgehend auf die Festlegung der Richtung der Produktion und der Proportionen der einzelnen Abteilungen der Wirtschaft reduziert werden und Raum für die Entfaltung der schöpferischen Aktivität lassen. „Planen heißt, ökonomische Gesetze wirken zu lassen, d. h. menschliche Handlungen bewußt lenken, positive und ökonomische Impulse auslösen“, erklärt Behrens<sup>9</sup>). Die von ihm projektierte Wirtschaftspolitik zielt auf die Herstellung einer Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Handeln vermittels solcher Impulse gesteuert und das spontane Handeln lediglich gelenkt wird<sup>10</sup>). Wie aber können die bisher reglementierten Menschen und Betriebe wieder zu einem spontanen Handeln gelangen? Über diesen Punkt hat sich insbesondere Benary geäußert<sup>11</sup>). Er sieht das entscheidende Mittel in der wirtschaftspolitischen Berücksichtigung des unmittelbaren Interesses der arbeitenden und konsumierenden Menschen. Das Gelenktsein vom Gegenstand des unmittelbaren Interesses ist nach Benary die Bedingung schöpferischen Tuns überhaupt und damit auch der für den Sozialismus unumgänglichen schöpferischen Aktivität. Im Unterschied zum Liberalismus plädiert er für eine planmäßige Verbindung der unmittelbaren Interessen der einzelnen — vor allem an einer steigenden Versorgung mit Konsumgütern — mit denen der Betriebsabteilung, des Betriebes, des Industriezweiges und zuletzt der gesamten Volkswirtschaft. Das soll mit Hilfe „ökonomischer Hebel“, vornehmlich durch eine entsprechende Preis-, Lohn- und Kreditpolitik bewerkstelligt werden. Die Voraussetzung dafür sehen beide Politökonomien in der „Selbstverwaltung der Wirtschaft“, die es ermöglichen soll, daß die Wirtschaftsprozesse in „Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit“ durchgeführt werden. Behrens empfiehlt beispielsweise, daß die Betriebe selbst die Auswahl der technisch-organisatorischen Methoden der Produktion übernehmen<sup>12</sup>). Am weitesten geht jedoch der Vorschlag beider, die starre zentrale Preisbildung für Konsumgüter aufzuheben; an ihre Stelle soll ein von Angebot und Nachfrage bestimmter Preismechanismus treten. Durch ihn soll die Produktionsstruktur in der Konsumgüterindustrie in Detailfragen geregelt und überhaupt eine bedarfsgerechte Produktion erreicht werden<sup>13</sup>).

Aber auch die Leitung der Produktionsmittelindustrie stellen sich Behrens und Benary als eine durch ökonomische Institutionen, nicht administrative Weisungen vermittelte vor. In diesem Zusammenhang verweisen sie auf die streng an dem Prinzip der Rentabilität orientierte wirtschaftliche Rechnungsführung und auf das Zentralbankensystem. Ihm will Benary nicht nur die finanzielle Kontrolle, sondern „die planmäßige Leitung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses vermittels ökonomischer Hebel, vermittels der wirklichen Ausnutzung ökonomischer Gesetze“ überantwortet wissen<sup>14</sup>).

Dieser Hinweis auf die ökonomischen Gesetze entspricht der stalinistischen Politökonomie. Auch für die Revisionisten besteht die den ökonomischen Notwendigkeiten angemessene Wirtschaftspolitik in der Ausnutzung der sogenannten ökonomischen Gesetze. Ihr besonderer Standpunkt tritt jedoch in Erscheinung, wenn sie dabei das Wertgesetz, nach Marx das grundlegende Gesetz der kapitalistischen Produktion, in den Vordergrund stellen. Das entspricht ihrem Streben, die Methode der Planung in einem relativ großen Umfang mit der des Marktes zu kombinieren.

9) Behrens, a.a.O., S. 109.

10) Vgl. Benary, a.a.O., S. 78.

11) A.a.O., S. 81 ff.

12) Behrens, a.a.O., S. 132.

13) Vgl. Behrens, „Die Preispolitik als Beispiel“, S. 136 ff.

14) Benary, a.a.O., S. 89 f.

Wichtiger als die scholastischen Ausführungen über die richtige Ausnutzung der ökonomischen Gesetze sind die Folgerungen, die Behrens und Benary aus der angeblich notwendigen Änderung der Wirtschaftspolitik ziehen. Wenn sich die ökonomische Basis im Verlauf der ersten Phase ändert, dann muß sich gemäß der marxistischen Doktrin auch die Struktur des zum Überbau gehörenden Staates ändern. Beide entziehen sich nicht dieser Konsequenz. Da mit Beginn der zweiten Phase die „Unterdrückungsfunktion“ der „proletarischen Diktatur“ in den Hintergrund trete, müsse sich auch ihre Rolle bei der Ausübung seiner wirtschafts-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Funktionen verringern. Dem verstärkten Wirken von Selbstverwaltungsorganen in Wirtschaft und Kultur entspreche die Dezentralisation staatlicher Macht und die Entwicklung einer umfassenden sozialistischen Demokratie.

Bei der Behandlung des Bürokratismus-Problems distanzieren sich Behrens und Benary von der üblichen stalinistischen Bekämpfung von Erscheinungsformen des Bürokratismus, die in gewissen Eigenschaften der Bürokraten gesehen werden<sup>15</sup>). Das Problem der Bürokratie bezeichnen sie nicht als ein psychologisches, sondern als ein ökonomisches und gesamtgesellschaftliches. Doch beweisen sie bei der Behandlung dieser These recht wenig Konsequenz; sie wollen es nicht wahrhaben, daß die kommunistische Planwirtschaft notwendig zu einer Bürokratisierung des Zusammenlebens führt, und ziehen es vor, den Bürokratismus als ein imperialistisches Residuum hinzustellen. Nur bei einer ökonomisch überflüssig gewordenen Reglementierung ergebe sich eine in der fehlerhaften Entwicklung liegende, „aber nicht notwendige Wurzel“ der Bürokratie. Sie glauben offensichtlich, daß man sie durch den Übergang zur „ökonomischen Leitung“ der Wirtschaft wieder zerstören könne.

Diese Einstellung zum Staat und zur Bürokratie kulminiert in der Reaktivierung der alten marxistischen Forderung vom „Absterben“ des Staates. Behrens und Benary fordern, die Ersetzung der „Regierung über Personen“ durch die „Verwaltung von Sachen“ müsse schon in der laufenden „zweiten Etappe“ beginnen<sup>16</sup>). Sie wenden sich damit gegen die bisher praktizierte endlose Vertagung des „Absterbens“ und erkennen Stalins Begründung der Notwendigkeit eines starken Staates mit dem Hinweis auf die „kapitalistische Umkreisung“ nicht mehr als stichhaltig an. Die sowjetzonalen Kritiker des Revisionismus sehen sich genötigt, Stalin gegen Behrens in Schutz zu nehmen, wenn sie daneben auch Lenin als Eidshelfer heranziehen. Der Absterbeprozess, meinen sie, setze nach ihm eine allmähliche, Generationen beanspruchende Heranbildung eines neuen Bewußtseins voraus.

Die Berührungspunkte der gekennzeichneten revisionistischen Konzeption mit der im Lager des Weltkommunismus laufenden internationalen Auseinandersetzung der „Anti-Stalinisten“ mit den Stalinisten ist offensichtlich. Die Anhänger der Ulbricht-Gruppe haben denn auch versucht, sie als unoriginelle Orientierung an jugoslawischen Vorbildern abzuwerten. Sie beziehen sich dabei vornehmlich auf den Vortrag, den *Kardelj* im Dezember 1956 in Oslo hielt<sup>17</sup>). Er hatte bei diesem Anlaß tatsächlich das jugoslawische System der angeblich zunehmenden gesellschaftlichen Selbstverwaltung als politische Form des Absterbens des Staates als Klasseninstrument bestimmt.

Die mit der obigen Spontanitätstheorie gekoppelte Einstellung zum Staat veranlaßt *A. Steiniger*, die gemeinsame Auffassung von Behrens und Benary als kleinbürgerlich-anarchistisch zu kennzeichnen<sup>18</sup>). Er gesteht ihr jedoch einige „Besonderheiten“ zu. So beteten sie nicht — wie die Anarchisten — die Spontanität an, sondern betrachteten sie als eine im Interesse des Sozialismus lenkbare Erscheinung, wollten den Staat nicht radikal

15) Benary, a.a.O., S. 92 f.; Behrens, a.a.O., S. 126 ff.

16) Behrens, a.a.O., S. 129.

17) Vgl. A. Steiniger, „Zu drei Fragen der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie“, in Staat und Recht, Heft 4/1957, S. 348.

18) A. Steiniger, a.a.O., S. 352.

abschaffen, sondern nur möglichst schnell amputieren und vertrauten auch nicht völlig auf den „ökonomischen Selbstlauf“. Mit demselben Recht könnte er auch Marx und Engels anarchistische Tendenzen vorwerfen, zumal sie doch die Theorie vom „Absterben des Staates“ konzipierten.

Neben der Unterschätzung der Rolle des Staates und der von den „Imperialisten“ drohenden Gefahr wird den Revisionisten die nicht genügende Beachtung der sogenannten führenden Rolle der Partei vorgeworfen und behauptet, ihre wirtschaftspolitischen Vorschläge würden, realisiert, zur Erneuerung des Kapitalismus führen und schon durch ihre Propagierung den „sozialistischen Aufbau“ hemmen. Die Kritiker vertreten dabei völlig den Standpunkt der SED-Führung und bekämpfen den Revisionismus als Tendenz zur „Aufweichung“ des sogenannten sozialistischen Lagers.

Ob die von Behrens und Benary entworfene manipulierte sozialistische Marktwirtschaft in den von ihnen abgesteckten Grenzen möglich ist, mögen die Ökonomen untersuchen. Nicht zu leugnen ist, daß ihre Vorschläge viel stärker den Anforderungen einer hochentwickelten industriellen Gesellschaft entsprechen als die aus der Sowjetunion importierten Methoden der Wirtschaftsführung. Ebenso offensichtlich ist jedoch der Widerspruch zwischen den von Behrens und Benary vertretenen Auffassungen und den totalitären Herrschaftstechniken, mit denen sie zu rechnen haben. Die Machtposition der herrschenden Gruppe in der SBZ wäre bedroht, wenn das Gewicht des Staatsapparates und seine Rolle in der Wirtschaft so erheblich geschwächt würde, wie beide vorschlagen. Bei echter „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ müßte sie damit rechnen, daß sich ein Pluralismus gesellschaftlicher Kräfte herausbildet, der die Basis ihrer Diktatur zersetzt. Schon im Interesse der Stabilität ihrer Herrschaft wird die SED-Führung die Verbreitung revisionistischer Ideen zu verhindern versuchen. Die Realisierung der in der sowjetzonalen Wirtschaft gegebenen Möglichkeiten einer elastischeren Gestaltung der Wirtschaftspolitik wird zudem durch die Spaltung Deutschlands gehemmt. Die Alternative zu der kommunistischen Ordnung der SBZ ist nicht ein Reformkommunismus, sondern die parlamentarische Demokratie. Das Wissen darum hat die herrschende Ulbricht-Gruppe genötigt, sich nach wie vor auf die sowjetische Hegemonialmacht zu stützen und alle Versuche einer Anpassung an die Anforderungen der hochentwickelten deutschen Gesellschaft zu unterdrücken. Wie weit das auch in Zukunft gelingen wird, bleibt abzuwarten.

#### ADOLF ARNDT

*Besinnt sich in unserer Zeit die politische Kraft des freiheitlichen Sozialismus aus ihrem Ursprung zur Gegenwart darauf, daß ihr Wesen eine geistig-sittliche Haltung in einer politischen Theorie ist, die zwar nichts weniger als totalitär den ganzen Menschen erfassen, gewiß aber den Menschen als Ganzes sehen und ihm dienen will, so eröffnet sich für ihre Zukunft ein reiches Feld. Diese Besinnung ist zugleich ein hoher Anspruch und eine tiefe Bescheidenheit. Ein Sich-Bescheiden deshalb, weil der Sozialismus stets weniger wurde, wenn er mehr sein wollte, als er ist: eine politische Theorie der Ordnung durch das Bilden freier und selbstverantwortlicher Gemeinschaften, durch vielfältige und geschichtlich wechselnde Eineignung der Menschen in ihre Welt, in der ihnen auch der Arbeitsplatz durch mitbestimmende Verantwortung funktional zugeeignet sein muß. Ich wiederhole noch einmal: Sobald ein Sozialismus mehr sein wollte als dies, eine politische Theorie, wurde er in der Wirklichkeit weniger. Es gilt also — das ist die Aufgabe — dem Menschen Raum und Zeitraum für sein Mensch- und Mitmenschsein zu schaffen. Daß aber mit diesem Sinngehalt der Sozialismus sich nicht anders als politische Theorie versteht, bedeutet seinen Verzicht darauf, als Weltanschauung oder Gesellschaftsreligion Menschen ganz zu erfüllen und den Menschen gleichzuschalten.*